



Antrag

der Fraktion der SPD

Das Land Schleswig-Holstein unterstützt die Initiative der Bundesregierung „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass sich die Wohnungsmarktlage in Schleswig-Holstein und damit die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum stetig verschärft. Mit Blick auf die steigenden Wohnnebenkosten durch gestiegene Preise für Öl und Gas, eine damit in Verbindung stehende Rekord-Inflation und voraussichtlich weiter steigenden Mieten, besteht weiterhin Handlungsbedarf auf allen politischen Ebenen. Eine Entspannung am Wohnungsmarkt ist mittel- bis langfristig nur durch eine Vergrößerung des zu knappen Angebots an Wohnraum durch den Neubau von Wohnungen zu erreichen. Steigende Baukosten, Zinsen und immer höhere Anforderungen lassen befürchten, dass der Wohnungsbau in den nächsten Monaten zum Erliegen kommt. Daher werden neue Impulse für ein ressourcenschonendes, klimafreundliches und bezahlbares Bauen benötigt.

Den derzeit außerordentlich schwierigen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn alle Beteiligten erhebliche Anstrengungen unternehmen, ihre Kräfte bündeln und sich eng abstimmen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt daher das Ziel der Bundesregierung, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 öffentlich gefördert, zu schaffen. In diesem Sinne unterstützt der Landtag Schleswig-Holstein das von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“. Der breite Unterstützerkreis aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik setzt sich u. a. ein, für:

- mehr sozialen und bezahlbaren Wohnraum;
- innovatives Planen und Bauen zu beschleunigen;

- die Ausweitung des seriellen und modularen Bauens;
- eine Begrenzung der Baukosten;
- sowie ressourcenschonendes Bauen.

Das von der Bundesregierung am 12. Oktober 2022 vorgestellte, umfangreiche Maßnahmenpaket für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive beinhaltet die Zusage, Investitionsmittel in Höhe von mindestens 14,5 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen.

Der Landtag bekennt sich zu einer bedarfsgerechten Kofinanzierung der Sozialen Wohnraumförderung für die Förderung von Investitionen in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und fordert die Landesregierung auf, die vorgeschlagenen Maßnahmen in ihren Zuständigkeiten aufzugreifen und umzusetzen.

Thomas Hölck
und Fraktion